fest, dass jegliche Aktivität auf der Straße politisch sei. Ende März 2014 kündigte Putin Verschärfungen des Gesetzes an, die mit seiner Unterschrift unter ein neues Gesetz am 4. Juni wirksam wurden. Zuerst traf diese neue Ermächtigungsregelung fünf Menschenrechtsorganisationen, die vom Justizministerium ohne Gerichtsprozess zu "Foreign Agents" erklärt wurden, dann mit Ecodefense auch die erste Umweltorganisation.

Bis Juni erforderte die zwangsweise Eintragung einer NGO in das "Foreign Agent"-Register zunächst eine Überprüfung durch die Staatsanwaltschaft, in der der betreffenden Organisation unterstellt wird, als "Foreign Agent" zu agieren, und anschließend das bestätigende Urteil eines Gerichts. Die Nachträge zum "Foreign Agent"-Gesetz, die durch Putins Unterschrift in Kraft traten, haben dem Justizministerium eigene Ermessensfreiheit eingeräumt, Nichtregierungsorganisationen ohne deren Zustimmung oder Gerichtsbeschluss in das "Foreign Agent"-Register einzutragen. Die Gesetzesänderung war im April 2014 durch Andrei Lugowoi, Duma-Abgeordneter und ehemaliger KGB-Agent, vorgeschlagen worden. Lugowoi wird von britischen Behörden als Hauptverdächtiger im berüchtigten 2006er Mord mittels Polonium-210 an dem verbannten exKGB-Geheimagenten Alexander Litwinenko in London gesucht.

Solidaritätskampagne

Mit dieser Kampagne wollen wir über die "Foreign Agent"- und "Extremismus"-Gesetze zur Unterdrückung sozialer Bewegungen in Russland aufklären, über aktuelle Fälle informieren, Soli-Arbeit leisten und um aktive Unterstützung (z.B. Öffentlichkeitsarbeit, praktische Hilfe) sowie Spenden für die juristischen Auseinandersetzungen von betroffenen Organisationen werben. Wir wollen damit keine anti-russischen Ressentiments, von denen es in der deutschen Öffentlichkeit schon zu viele gibt, bedienen, und keineswegs den Eindruck von einem "bösen Russland" vermitteln, dem gegenüber das "Vorbild Europa" steht. Das ist eine schwierige Herausforderung in der aktuellen politischen Atmosphäre, doch unsere Freund*innen brauchen derzeit jede mögliche Unterstützung.

Wir sammeln weiterhin Unterstützergruppen für den Soli-Aufruf vom vergangenen Sommer. Gruppen, die ihn unterzeichnen wollen und Menschen, die aktiv werden wollen, schreiben uns bitte eine Mail.

Spenden für die juristischen Auseinandersetzungen sind dringend nötig! Diese sind nicht steuerlich absetzbar. Und praktisch bedeutet der Empfang von ausländischem Geld für eine politische Kampagne in Russland auch wieder die Erfüllung der "Foreign Agent"-Kriterien... Trotzdem:

Konto: Spenden & Aktionen
Verwendungszweck: "Soli Russland"
IBAN:DE29 5139 0000 0092 8818 06
BIC: VBMHDE5FXXX
Bank: Volksbank Mittelhessen

Fortsetzung folgt! Der aktualisierte Gesamtartikel ist online unter http://gruenes-blatt.de/index.php/Foreign_Agent-Kampagne mit umfassenden Referenzen und umfangreichem Medienspiegel zu finden. Kontakt zur Kampagne via soli-kampagne@riseup.net

http://russlandantirep.blogsport.de

Rezension:
Wenn das Land zur Ware wird

fb Der Dokumentarfilm "Wenn das Land zur Ware wird" gibt Einblicke von dem kapitalistischen Druck, der gegenwärtig auf indigene Bevölkerung und kleinbäuerliche Gemeinschaften in Chiapas wirkt. Dorit Siemers und Luz Kerkeling waren für die Gruppe "Zwischenzeit" in Mexiko, und interviewten Bewohner*innen, Indigene, Zapatistas-Aktivist*innen, Journalist*innen als auch Lobbyverteter zu vier Blickwinkeln:

Die Ölpalmen-Landwirtschaft wird massiv von der Regierung beworben und gefördert, um Anbau und Export in Chiapas zu steigern. Dadurch werden die Bäuer*innen aber auch von Selbstversorger*innen zu Abhängigen des Marktes, während gleichzeitig durch die Monokulturen die ökologischen Grundlagen beeinträchtigt werden.

Unter dem Schlagwort "Ökotourismus" werden lokale Strukturen verdrängt, Luxushotels und Konsumeinrichtungen errichtet sowie teure Infrastrukturprojekte - wie das Beispiel einer kostenpflichtigen Schnellstraße, die die Ökosysteme zerschneidet und gleichzeitig kleinere Ortschaften ausgrenzt. "Ökologisch" ist an diesem Tourismus offenbar nichts - vielmehr handelt es sich um eine Vermarktung der Natur und Kultur der Region. Tourist*innen sollen Bequemlichkeit und gewohnten Lebensalltag haben, was auch zur Beschädigung der vermarkteten Ressourcen führt.

Ein weiteres Problemfeld sind die sogenannten "nachhaltigen" Landstadtsiedlungen, die von der Regierung zentral installiert wurden, angeblich um die Armut zu reduzieren. Tatsächlich bewirken sie aber eine weitere Verarmung der zur Umsiedlung gedrängten Menschen - denn zuvor waren sie oft Kleinbäuer*innen, nun leben sie in engen Behausungen ohne eigenes Land und können nichts mehr für den Eigenbedarf anbauen. Auf diese Weise wird die Selbstorganisierung der Gemeinschaften ausgehebelt und Konsumdruck geschaffen. Um zu überleben, müssen Nahrung, Brennholz und vieles mehr nun eingekauft werden - dazu braucht es Geld - dazu müssen die Menschen sich verkaufen. Arbeitsplätze gibt es aber gar nicht genug - und wenn, dann oft unter miserablen Bedingungen.

Als Alternative bzw. Perspektive stellt der Film zuletzt den Aufbau von solidarischen und ökologischen Ansätzen in Selbstverwaltung vor, wie sie von den Zapatistas angestrebt werden. Dabei werden sie inoffiziell von der Regierung unter Druck gesetzt, da sie immer wieder Angriffsziel regierungsnaher Gruppen und Paramilitärs werden, die die Aktivist*innen bedrohen und oft auch töten, ohne Konsequenzen von der Regierung befürchten zu müssen.

Daher wurde der 71minütige Film, zu dem es auch ein Begleitheft und eine Ausstellung gibt, dem nach den Dreharbeiten ermordeten Protagonisten, Juan Vázquez, gewidmet.

http://www.zwischenzeit-muenster.de/land.html